

# Nach Aschaffenburg

## Wahlkampf und Führungsschwäche

Gerd Eisenbeiß, im Februar 2025

Wer wäre nicht erschrocken und von tiefer Trauer erfasst nach einer solchen Tat! Ein Kind wurde mit einem Messer brutal ermordet, und ein Mensch musste seine Hilfsbereitschaft mit dem gleichen Tod bezahlen. Dieselbe Reaktion, eine ohnmächtige Wut, erleben wir auch, wenn wir von Vergewaltigungen oder Massentötungen in der Ukraine oder im Nahen Osten erfahren.

Diese Reaktionen unseres Gefühls sind natürlich, wahrscheinlich sogar hilfreich, das Ungeheuerliche zu verarbeiten.

Aber auch solche Monstrositäten dürfen das ohnehin nicht sehr dicke Eis der Zivilisation auf dem tiefen Wasser unserer animalischen Rachegeleüste nicht zum Schmelzen bringen - und schon gar nicht gegenüber der Sippe oder Volkszugehörigkeit des Täters: Sippenhaftung darf es nicht geben!

Und da beginnt die besondere Verantwortung derjenigen, die den Staat leiten oder leiten wollen. Sie müssen wutgetriebene „Sofortreaktionen“, meist Überreaktionen, verhindern, sie müssen die hohen Wellen des Volkszorns an den Stränden der Vernunft und der Menschlichkeit auslaufen lassen, so dass tatsächliche Konsequenzen in Ruhe bedacht und konzipiert werden können. **DAS IST FÜHRUNGSAUFGABE UND FÜHRUNGSKUNST!**

Nach der Untat von Aschaffenburg haben die Umstände der nahen Bundestagswahl eine solche Bewältigung von Trauer und Wut verhindert. Und deshalb möchte ich hier über die Irrfahrt unserer Parteien nachdenken.

Da war wohl auf der Seite der AFD eine klammheimliche Freude über ein Ereignis, das man mit dem schönen Nebeneffekt betrauern kann, einen weiteren Stimmenzuwachs erwarten zu dürfen.

Der Oppositionsführer sah diese Gefahr ebenso schnell, dass der gerade noch deutliche Abstand seiner Partei zu jener hinter der Brandmauer zusammenschmelzen könnte wie in Österreich, was eine klar demokratische Regierungsbildung nach der Wahl verhindern könnte. So entschloss er sich zum Risiko eines radikalen Sofortprogramms: er wollte sich mit einem Vorschlag zu sofortiger, harter Konsequenz an die Spitze der Forderungen auf Zuzugsbeschränkung setzen - vielleicht nach dem Lehrsatz von Franz Josef Strauß, rechts von der Union dürfe es keinen Raum für eine Alternative geben. Also legte er einen migrationspolitischen Vorschlag auf die Tische des Bundestages, der auch von der AFD hätte kommen können.

Um damit die Brandmauer nicht einzureißen, versuchte er die demokratischen Ampelparteien für eine gemeinsame Beschlussfassung zu gewinnen. Das konnte nicht gelingen,

weil jene jenseits der untragbaren Details die Chance sahen, in der liberalen Mitte der Wählerschaft auf Kosten der Union zuzulegen.

Insbesondere die weit hinter der Union liegende SPD sah die ersehnte Chance, doch noch eine Aufholjagd organisieren und gewinnen zu können. Sie agitierte aber nicht mit dem illiberalen und juristisch unreifen Inhalt der Unions-Vorlage, sondern dem Tabubruch einer unterstellten AFD-Kooperation. Diese Strategie schien erfolgversprechender weil plakativer, als migrationspolitische und -juristische Kontroversen, die in der aufgeheizten Stimmung nach Aschaffenburg wenig Chancen auf Aufmerksamkeit gefunden hätten - wahrscheinlich sogar negative Assoziationen wie Bürokratenbedenken und Korinthenkackerei hervorgerufen hätten.

Die Union, überzeugt, nur so den 10%-Abstand zur AFD halten oder gar vergrößern zu können, ging also das Risiko ein, mehr Wählergunst an Mitte-Links zu verlieren als an der rechten Flanke an die AFD. Der Oppositionsführer versuchte offenbar erfolgreich, seine unveränderte Ablehnung jeder Kooperation mit der AFD deutlich zu machen - ausweislich der seitdem veröffentlichten Umfragen hat er seine Umfrageposition gehalten, während AFD sowie SPD und Grüne nichts gewonnen haben.

Auch ich als SPD-Mitglied und ob des Tabubruchs empörter Demo-Teilnehmer komme mit etwas Zeitabstand zu dem Schluss, dass keine der handelnden und "Empörung" rufenden Personen darauf verzichtet hat, die Morde von Aschaffenburg parteipolitisch zu nutzen, Merz als Waffe gegen die AFD und Scholz als Schwungrad für eine erhoffte Aufholjagd gegen die Union.

Versagt haben beide vor der Aufgabe, den Deutschen trotz Wahlkampfs möglichst gemeinsam zu erklären, dass solche Untaten und andere Verbrechen von gesunden oder verwirrten Tätern niemals ein Grund sein dürfen, ganze Sippen oder Menschengruppen in Haftung zu nehmen - schon gar nicht mit Schnellschuss-Gesetzen. Früher wurde nach schlimmen Verbrechen immer wieder nach der Todesstrafe gerufen; dass das nicht mehr geschieht, ist zivilisatorischer Fortschritt, eine Stärkung der Eisdecke über unseren animalischen Untiefen. Wir alle müssen daran arbeiten, das Eis noch dicker werden zu lassen. Aber besondere Verantwortung liegt bei den Personen mit Führungsanspruch, die verständlicherweise empörte Bevölkerung nicht im Eis einbrechen zu lassen - das wäre Führungsstil und -kraft vom Feinsten!

Die durchaus nötigen Maßnahmen zur Begrenzung illegaler Immigration sowie die Entindividualisierung des Asylrechts durch Umwandlung in ein Gnadenrecht müssen nach ausreichender "Abkühlzeit" nach Schock-Ereignissen in sachlicher Ruhe, rechtlich klaren Kategorien und im EU-Verbund diskutiert und ggf. beschlossen werden<sup>1</sup>.

**Sofortreaktionen beweisen jedoch weder Klugheit noch Handlungsstärke, sondern Unbeherrschtheit und Führungsschwäche.**

---

<sup>1</sup> Dass das völkerrechtlich fixierte individuelle Asylrecht nicht mehr haltbar ist, scheint mir schon länger als Prof. Münkler eine Konsequenz der interkontinentalen Mobilität von Millionen, wo es historisch um den Schutz einzelner Verfolgter aus Nachbarstaaten ging.